

**1. Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?**

Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder ihrem ursprünglichen Ziel gerecht werden, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Als umlagefinanziertes System ist sie kapitalgedeckten Varianten der Altersversorgung hinsichtlich ihrer Anfälligkeit gegenüber wirtschaftlicher Krisen und bezüglich der Umverteilung von Produktivitätsgewinnen auch an die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei weitem überlegen.

Ich halte viele Rentenreformen seit 1990 – gerade der rot-grünen Bundesregierungen 1998-2005 sowie der Großen Koalition von 2005 bis 2009 – für einen Fehler. Viele Reformen haben eher den Versicherungskonzernen als den Versicherten genutzt. Entgegen den ständig vorgebrachten Szenarien der demografischen Katastrophe wird die positive Produktivitätsentwicklung auch zukünftig zulassen, dass die gesetzliche Rente – bei entsprechendem politischen Willen – für die Sicherung des Lebensstandards ausreicht; wengleich die Beiträge der Versicherten durch andere Einnahmen ergänzt werden müssen und sollten. Sowohl der Bundeszuschuss zur GRV wird ebenso wie die Einbeziehung weiterer Einkommen in Zukunft eine Rolle bei der Finanzierung spielen müssen.

Ein wichtiger Faktor um eine den Lebensstandard sichernde Rente sicherzustellen, ist das von Euch genannte Rentenniveau. Wengleich diese Berechnungsgrundlage – basierend auf dem Durchschnittseinkommen – in strukturschwachen Regionen mit geringen Einkommen – wie bspw. weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns wie Ostdeutschlands – zu geringeren Renten führen wird.

Ich unterstütze die Forderungen meiner Partei, die gesetzliche Rente wieder zu stärken. Die SPD will in der nächsten Legislatur das Niveau auf dem jetzigen Stand von etwa 48% stabilisieren. Nachhaltigkeits- und Dämpfungsfaktor dürfen das Niveau nicht weiter reduzieren. Aus meiner Sicht sind weitergehende Schritte notwendig. So muss es zukünftig darum gehen, das Rentenniveau auch wieder anzuheben. Als Gradmesser kann ich mir eher das Rentenniveau vergleichbarer Volkswirtschaften – etwa der Bundesrepublik Österreich – vorstellen.

**2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?**

Es muss Kernaufgabe des Staates und unseres Rentensystems sein, Altersarmut zu verhindern. Neben der Stabilisierung/Anhebung des Rentenniveaus, werde ich mich dafür einsetzen, die von der SPD geforderte Einführung einer Solidarrente zu unterstützen. Daneben sollten aus meiner persönlichen Sicht, die Abschläge im Fall von Erwerbsminderung abgeschafft und eine Rente bei Berufsunfähigkeit gewährt werden. Für Erziehungs- und Pflegezeiten sollten unabhängig etwa von der Geburt der Kinder Anwartschaften an der gesetzlichen Rente erworben werden können.

Klar ist auch: Das beste Mittel um Altersarmut zu vermeiden, sind anständige, (tarifliche) Löhne. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind die Löhne noch immer etwa 25 % niedriger als in den alten Bundesländern. Hier sind zu allererst die Gewerkschaften gefragt, Lohnniveaus weiter anzuheben und anzugleichen. Der deutlich fordernde Kurs der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren sollte verstärkt und fortgesetzt werden.

Die Politik muss hier allerdings flankierende Maßnahmen ergreifen, um die Tarifbindung (etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge) zu stärken und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Hier hat die SPD zu meinem Leidwesen ebenfalls zahlreiche Fehlentscheidungen in der Vergangenheit getroffen, die es dringend – etwa mit der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, mit der noch stärkeren Regulierung von Leih- und Zeitarbeit und dem Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit – zu korrigieren gilt.

**3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?**

Aus meiner Sicht sollte die Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung ausgestaltet sein, in der jede Erwerbstätige und jeder Erwerbstätiger einzahlt. Nur dann wird einerseits eine spürbare Erhöhung des Rentenniveaus auch möglich sein, andererseits schützt dies bspw. Selbständige vor Alterarmut. Hier gilt es allerdings ein langfristiges Konzept zu entwickeln, um die Beamtinnen und Beamten sowie die Selbständigen in das System der gesetzlichen Rente zu integrieren. Klar ist auch, dass es sich dabei um eine tiefgreifende Reform handelt, die über mehrere Legislaturperioden erfolgen muss und die auch innerhalb der SPD umstritten ist. Obwohl ich mich politisch dafür einsetze, bin ich daher skeptisch, ob man auf diesem Gebiet Fortschritte erzielen kann.

In jedem Fall sollten die Beiträge zur Rentenversicherung paritätisch erhoben werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Arbeitgeber sich nicht weiter aus der Versorgung ihrer Arbeitnehmer zurückziehen.

**4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?**

Obwohl ich Verbesserungen etwa in der sogenannten Mütterrente oder bei der Rente mit 63 unterstütze, halte ich die Finanzierung über Sozialbeiträge aus sozial- und ordnungspolitischer Sicht für falsch. Diese Leistungen sollten vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Die finanzielle Förderung privater kapitalgedeckter Rentenversicherungen sollte zugunsten der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgefahren werden. Bestehende Verträge sollte jedoch im Rahmen des Bestandsschutzes weiter gefördert werden. Ob eine Übernahme der Ansprüche von privaten kapitalgedeckten Rentenversicherungen in die gesetzliche Rente möglich ist, gilt es sorgfältig rechtlich zu prüfen.

Bezüglich der Forderung „sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden“ wäre ich vorsichtig. Ich befürchte eher, dass eine solche Diskussion die Absenkung des Bundeszuschusses zur Folge haben könnte, die ich nicht befürworten würde. Sinn und Zweck des Bundeszuschusses gehen nämlich über die Kompensation sog. „versicherungsfremder Leistungen“ hinaus.

**5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?**

Wie ich bereits in den vorherigen Fragen ausgeführt habe, halte ich viele Reformen der Vergangenheit für fehlerhaft und ungeeignet, den Sozialstaatsauftrag einer sicheren Altersversorgung für jede und jeden sicherzustellen. Ich werde mich ganz persönlich innerhalb der SPD und – sollte ich gewählt werden – innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für eine Korrektur dieser Entscheidungen einsetzen. Ich begrüße ausdrücklich das Konzept der SPD für eine Stärkung der gesetzlichen Rente (Stabilisierung des Rentenniveaus, Einführung einer Solidarrente, keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters), könnte mir persönlich aber noch weitere tiefgreifende Schritte vorstellen, wie Ihr sie angedeutet habt:

Die finanzielle Förderung privater kapitalgedeckter Rentenversicherungen sollte zugunsten der gesetzlichen Rente schrittweise zurückgefahren werden (siehe Frage 4). Es sollten umfanglichere Leistungen gewährt werden: Die gesetzliche Rente sollte Berufsunfähigkeit wieder abdecken. Außerdem sollten für Erziehungs- und Pflegezeiten unabhängig etwa von der Geburt der Kinder Anwartschaften an der gesetzlichen Rente erworben werden können (siehe Frage 2). Da ich die Sanktionen im Bereich der SGB II-Gesetzgebung („Hartz IV“) grundsätzlich ablehne, lehne ich selbstverständlich auch Regelungen ab, die eine Zwangsverrentung bedeuten.

Bei einer Veranlagung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die die SPD in eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, umwandeln möchte, müssen in der Konzeption dieser Bürgerversicherung unbillige Härten wie Doppelveranlagung von vornherein vermieden werden. Dafür werde ich mich einsetzen.

Bei der Gleichstellung von Ost- und Westrenten bin ich grundsätzlich der Auffassung, dass es ein großes Versäumnis der Vergangenheit ist, die Renten nicht bereits Ende der 1990er gleichgestellt zu haben. Die jetzige vereinbarte Regelung, die Renten bis 2025 gleichzustellen, führt zu einigen Problemen. So ist es aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus in den Neuen Ländern möglich, dass durch eine Angleichung zahlreiche Menschen eine niedrigere Rente als nach der alten Regelung erhalten werden. Das betrifft vor allem die Rentnerinnen und Rentner, die einen signifikanten Teil ihres Erwerbslebens nach der Wiedervereinigung erlebt haben. Ich unterstütze zwar die Forderung der Angleichung der Renten, möchte mich aber für eine Günstigerprüfung einsetzen, in der geprüft werden soll, ob eine Veranlagung nach angeglichenem Rentenrecht oder nach der alten Regelung für den einzelnen vorteilhafter ist. Das verhindert, dass Renten durch eine solche Reform möglicherweise sinken.